

Es gilt das gesprochene Wort

Thomas Kutschaty zur Unterrichtung des Landtags
durch die Landesregierung am 27. März 2021

Corona-Lage im Bund und NRW

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

wir haben es eben schon gehört. Die 3. Welle hat Deutschland und Nordrhein-Westfalen im Griff. Die Zahlen steigen und alle Expertinnen und Experten sagen, dass das noch weiter gehen wird.

Die Zahlen könnten sich nach Ostern sogar verdoppeln.

Wir haben heute einen Inzidenzwert in Nordrhein-Westfalen von 109. Heute sind bereits 30 Kreise und kreisfreien Städte über dem Wert von 100.

Deswegen war die Botschaft der Bundeskanzlerin von Montag eindeutig:

Wir müssen die Notbremse ziehen!

Ich habe hier immer gesagt, dass die SPD-Fraktion die Beschlüsse aus Berlin mitträgt. Dieses Mal fällt es mir sehr schwer. Ich bin nicht der Überzeugung, dass die Beschlüsse von Montag zukunftsweisend sind. Hier wird die Pandemie eher verwaltet, als besiegt.

Aber im Augenblick müssen wir das exponentielle Wachstum stoppen. Solange haben wir derzeit keine andere Möglichkeit als den Lockdown.

Dass das so ist, liegt aber nur daran, dass wir es nicht geschafft haben, eine Test-Infrastruktur aufzubauen, die tägliche flächendeckende Tests ermöglicht. Testen, testen, testen.

Das hätte uns schon vor Monaten vor die Lage gebracht. Ich habe in der Vorbereitung dieser Rede noch einmal geschaut, wann ich das das erste Mal gefordert habe: Am 9. April, also vor ziemlich genau einem Jahr. An dieser Stelle.



#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Wir hatten ein Jahr Zeit, die Infrastruktur aufzubauen, die Schnelltests zu beschaffen und uns auf die Selbsttests vorzubereiten.

Herr Laschet, Sie hätten nur einmal zuhören müssen. Wenn nicht mir, dann wenigstens Ihrem Expertenrat. Die fordern das auch schon fast genauso lange. Ich kann das nicht mehr nachvollziehen.

Ich kann auch die vielen handwerklichen Fehler der Landesregierung nicht mehr nachvollziehen. Das Oberverwaltungsgericht hat Ihnen erst vorgestern ins Stammbuch geschrieben, dass Sie es nicht einmal schaffen, den Buchhandel rechtsfehlerfrei zu öffnen. Das war schon hart.

Jetzt wollen Sie nächste Woche „Ruhetage“ einführen. Da bin ich auch sehr skeptisch, ob Ihnen das gelingt. Wollen Sie allen Ernstes Gründonnerstag alle Unternehmen per Rechtsverordnung schließen? Davor warne ich. Wie soll das gehen? Das fliegt Ihnen um die Ohren!

Wenn Sie das ernsthaft wollen, dann müssen Sie jetzt richtig liefern. Denn bisher folgt auf Ihre große Ankündigungen regelmäßig Nichts! Ein Beispiel:

Im November haben Sie, Herr Laschet groß angekündigt, dass Nordrhein-Westfalen sich für die Weiterentwicklung der Corona-Warn-App einsetzen werde. Die App müsste umfangreich erweitert werden.

Interessante Ideen. Nur was ist daraus geworden? Fünf Monate später frage ich höflich nach den Resultaten. Ich fürchte, es gibt keine. Nächstes Beispiel:

Vor über einem Monat haben Sie vor der Presse angekündigt, dass Sie persönlich mit Smudo telefoniert hätten. Die Luca-App wäre richtig gut. Die bräuchten wir auch. Nur was ist seitdem passiert? Genau — nichts! Einen Monat lang wieder einmal nichts.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung für 440.000.- Euro eine Lizenz für das ganze Land gekauft. Da arbeiten die Gesundheitsämter schon damit. Aber schön, dass Sie mit Smudo gesprochen haben. Auch wenn das von folgenloser Richtigkeit bleibt.

Nächstes Beispiel:

Fast parallel zur Rede von Herrn Laschet vergangenen Freitag gibt der Wirtschaftsminister Pinkwart in Hamburg ein Interview. Ich zitiere aus dem Artikel:

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn habe aber — ich zitiere — „nichts vorbereitet“, kritisierte Pinkwart. Es gebe weder eine zentrale Bestellung von Tests noch eine einheitliche App zur digitalen Erfassung der Ergebnisse. Gestern Morgen hat Herr Stamp im Hörfunk bei WDR 2 ein Interview gegeben, in dem er noch einmal den Vorwurf wiederholt hat, dass der Bundesgesundheitsminister es versäumt habe, ausreichend Tests zu bestellen.

Meine Damen und Herren,
ich bin der letzte, der Jens Spahn verteidigen möchte. Aber trotzdem interessiert mich, was Sie auf das schmale Brett bringt, dass ausschließlich der Bund dafür zuständig sein soll, Tests zu bestellen?

Warum?

Woraus schließen Sie, dass die Landesregierung für nichts zuständig sei? Die fehlenden Tests sind jetzt ein gewaltiges Problem. Gerade in Nordrhein-Westfalen. Zu allererst natürlich in den Schulen. Herr Laschet hat hier am 4. März versprochen, ich zitiere:

„In jeder Schule machen wir einmal die Woche den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern das Angebot. In Kitas geschieht das Gleiche.“ Zitatende. Jetzt frage ich Sie: Wo sind die ganzen Tests? Letzte Woche waren sie schon ein-mal nicht da. Und auch diese Woche werden nicht alle getestet werden können.

Letzte Woche hat der Kollege Löttgen davon berichtet, dass der Oberbergische Kreis ausreichend Tests für alle Schülerinnen und Schüler hätte. Es lief alles so toll. So toll, Herr Löttgen, dass genau während Ihrer Rede die Mitteilung kam, dass die Landesregierung dem Antrag des Landrats auf Schulschließungen stattgegeben habe. So toll läuft das bei Ihnen.

Dortmund darf das natürlich nicht. Dabei hat die Stadt Dortmund von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Stadt Rekordzahlen bei Neuinfektionen von 0-5 Jahre alten Kindern hat, dass die Infektionszahlen bei Kindern und Jugendlichen exponentiell ist und dass über die Hälfte der infizierten Kinder Symptome hatte. Das ist ein Zeichen für schwere Verläufe. Und natürlich hatte Dortmund von der Landesregierung keinen einzigen Test bekommen! Aber Ihnen reichte alles nicht. Der Antrag war ja nicht in dreifacher

Ausfertigung eingereicht worden. Wer glaubt denn noch an Zufälle, dass ausgerechnet alle Anträge von SPD-geführten Großstädten oder Kreisen auf Schulschließungen abgelehnt wurden, während alle Anträge von CDU-geführten Kommunen befürwortet wurden? Wer macht hier in Wahrheit Parteipolitik? Auf dem Rücken der Gesundheit der Kinder?

Und jetzt kommt noch das Chaos beim Testen dazu: Weil die Landesregierung es nicht auf die Kette gekriegt hat, muss jetzt unsere Polizei die Pakete in Streifenwagen an den Schulen ausliefern. Die Polizei muss retten, was die Regierung vergeigt hat. Für diesen unermüdlichen Einsatz bin ich unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten echt dankbar!

Das es soweit kommen musste, ist schon ein starkes Stück! Aber Herr Laschet, die Telefonnummer des Paketdienstes lautet nicht 110.

Jetzt wollen die Beamtinnen und Beamten wenigstens die Überstunden bezahlt haben, wenn sie die Pakete ausliefern. Warum kriegen die ihr Geld nicht? Das kann doch nicht wahr sein, dass wir hier über solche Beträge diskutieren. Das ist doch wohl selbstverständlich!

Nur wegen unserer Polizei kommt jetzt ein Test pro Schülerin und Schüler vor den Ferien an. Vielleicht einer. Wissen Sie, was die Bundeskanzlerin davon hält? Von einem Test pro Woche? Nicht viel!

Die Bundeskanzlerin hat noch am Sonntag die Auffassung vertreten, dass die Schulen sofort geschlossen werden müssten, wenn nicht mindestens zwei Tests pro Woche und Person verfügbar wären. Den Beschlussentwurf kann ich Ihnen gerne zukommen lassen. Damit Sie wenigstens wissen, was Sie ignorieren.

Stichwort ignorieren:

In den Kitas ist bislang noch gar kein Test angekommen. Dabei hatte Herr Laschet doch hier versprochen: „In Kitas geschieht das Gleiche.“ Also jedes Kind sollte ein Testangebot bekommen. Das fordert auch die Bundesfamilienministerin.

Und was ist jetzt in NRW? Nichts!

Herr Stamp ist der Meinung, dass Testen in Kitas nicht nötig sei.

Mit dieser Meinung sind Sie ziemlich alleine. Denn wir wissen heute, dass sogar Kita-Kinder durch Corona erheblich gefährdet sind.

Die Lage auf unseren Intensivstationen wird immer enger. Die Zahlen steigen wieder an. Jetzt liegen dort leider zunehmend jüngere Menschen. Viele kleine Kinder, die an den Spätfolgen von Corona leiden, dem sog. PIMS-Syndrom.

Der Intensivmediziner Prof. Dr. Christan Dohna Schwake aus Essen hat erst am Sonntag im Deutschlandfunk über die Gefahren von Spätfolgen für Kinder berichtet. In der Universitätsklinik Essen wurden schon Kinder ab 5 Jahren auf der Intensivstation behandelt. Genaue Zahlen, wie viele Kinder es schon betrifft, haben wir nicht.

Deswegen bin ich der Universitätsklinik Dresden dankbar, dass dort jetzt ein Register für solche Fälle eingeführt wurde.

Die Lage auf unseren Intensivstationen wird immer enger. Die Zahlen steigen wieder an. Jetzt liegen dort leider zunehmend jüngere Menschen. Viele kleine Kinder, die an den Spätfolgen von Corona leiden, dem sog. PIMS-Syndrom.

Der Intensivmediziner Prof. Dr. Christan Dohna Schwake aus Essen hat erst am Sonntag im Deutschlandfunk über die Gefahren von Spätfolgen für Kinder berichtet. In der Universitätsklinik Essen wurden schon Kinder ab 5 Jahren auf der Intensivstation behandelt. Genaue Zahlen, wie viele Kinder es schon betrifft, haben wir nicht.

Deswegen bin ich der Universitätsklinik Dresden dankbar, dass dort jetzt ein Register für solche Fälle eingeführt wurde.

5-jährige auf unseren Intensivstationen sind keine Einzelfälle mehr. Corona ist auch für Kleinkinder mitunter lebensbedrohlich. In den USA sind schon mindestens 33 Kinder an den Spätfolgen verstorben.

Ich kann nur mit Ihnen gemeinsam hoffen, dass uns das erspart bleibt. Aber selbst wenn das Schlimmste verhindert werden kann: Jedes 10. hiervon betroffene Kind wird nicht wieder vollständig gesund.

Und die Corona-Zahlen steigen aktuell gerade bei den unter 15-jährigen rasant an. Die 3. Welle trifft auch die Kleinsten in unserer Gesellschaft. Dieser Wahrheit müssen wir uns stellen. Und genau deshalb sagt das Robert-Koch-Institut auch in seinem Tagesbericht von gestern wieder:

Ich zitiere:

„Die hohen bundesweiten Fallzahlen werden durch zumeist diffuse Geschehen mit zahlreichen Häufungen insbesondere in privaten Haushalten, zunehmend auch in Kitas, Schulen und im beruflichen Umfeld verursacht.“ Zitatende.

Das dürfen wir nicht länger ignorieren. Der ZDF-Journalist Florian Neuhann hat es letzte Woche auf Twitter klar auf den Punkt gebracht:

Ich zitiere:

„Wann entstand eigentlich die Idee in der Politik, dass allein die Öffnung / das Offenhalten von Schulen und Kitas als besonderer Einsatz für Familien gelten? Nein — echter Einsatz wäre gewesen: vor der Öffnung entsprechende Schutzkonzepte (Schnelltests) zu installieren.“ Zitatende.

Recht hat er.

Wir müssen in Schulen und Kitas viel mehr testen. Dann brauchen wir auch nicht mehr über Schulschließungen zu diskutieren. Österreich zum Beispiel hat seit letzter Woche drei Tests pro Schüler und Woche. Montags, Mittwochs und Freitags.

Und zwar jede Woche. Da klappt das. Warum klappt das bei uns nicht? Weil hier nicht einmal die Landesregierung selbst weiß, wie viele Tests sie wo bestellt hat. Unsere Fragen im Kommunalausschuss konnte niemand von der Landesregierung beantworten.

Dabei brauchen wir die Tests so dringend! Testen, testen, testen. Solange bis wir genügend Impfstoff haben. Testen ist der Weg aus dem Lockdown.

Meine Damen und Herren,
von unseren 53 Großstädten bzw. Kreisen liegen heute 30 oberhalb einer Inzidenz von 100. In diesen Kommunen müssen jetzt nach dem Beschluss von Montag zu Ziffer 3. „weitergehende Schritte“ umgesetzt werden. Als Beispiele nennt der Beschluss von Montag Ausgangs- oder Kontaktbeschränkungen, medizinische Masken in Privat-PKW und so weiter.

Fast zwei Drittel von Nordrhein-Westfalen muss jetzt also weitergehende Schritte umsetzen. Die Entscheidung, welche Schritte das sind, dürfen wir nicht auf die Kommunen abwälzen.

Diese Entscheidung müssen wir treffen! Es bringt doch nichts, wenn Kommune A auf Ausgangsbeschränkungen setzt, Kommune B aber mehr auf medizinische Masken.

Unsere Städte liegen oft so nah beieinander, dass diese Maßnahmen nur dann Erfolg haben werden, wenn sie aufeinander abgestimmt sind. Das kann nur das Land zentral machen.

Bislang drückt sich die Landesregierung aber vor diesen unbequemen Entscheidungen. Wenn die Kommunen dann mal beim Land Rat suchen wollen, ist niemand zuständig. Erst gestern haben uns noch einmal Oberbürgermeister berichtet, dass aus ihrer Sicht heilloses Durcheinander herrscht.

Es fehlt schlicht und ergreifend ein Krisenstab, der für alle Fragen zuständig ist. Aktivieren Sie endlich den Krisenstab! Dann klappt es auch wieder mit den Kommunen. Denn die Kommunen sind nicht unsere Gegner! Sie sind unsere wichtigsten Verbündeten.

Sie könnten auch gerade Ihre Verbündeten sein, Herr Laschet. Aber das Gegenteil ist der Fall! Das darf nicht so bleiben!
Danke sehr!